

In Zusammenarbeit mit



Helden – Mütter – Opfer

**Leben im Konflikt:
Alltagssituationen von Frauen und
Männern in Palästina und
Bosnien-Herzegowina
Frauenorganisationen berichten**

15. – 17. März 2002

Protokolldienst

26/02

Der Nahostkonflikt in den deutschen Medien

Ludwig WATZAL

Der „Friedensprozess“ war von seinem Beginn an politisch asymmetrisch. Dieser politischen Asymmetrie entsprach eine ebensolche in der deutschen Berichterstattung. Der deutschen Öffentlichkeit wurde ein sogenannter Friedensprozess vermittelt, der wenig mit Frieden, aber umso mehr mit fortdauernder Unterdrückung zu tun hatte. Die Berichterstattung entsprach oft nicht der Wirklichkeit vor Ort. Am Anfang stand die Legitimation der Besatzer durch die Besetzten. Eigentlich kein gutes Omen. Der Prozess hätte nicht die Emanzipation der Palästinenser gebracht, sondern deren dauerhafte politische, wirtschaftliche und soziale Unterwerfung. Schon der Beginn wurde so dargestellt, als seien beide Partner gleichberechtigt; als ob die Anerkennung Israels durch die Palästinenser derjenigen Palästinas durch Israel entsprochen hätte. PLO-Chef Yassir Arafat erkannte Israel als Staat an, Israel hingegen nur eine Organisation.

Insbesondere nach den Anschlägen des 11. September 2001 wird überwiegend in amerikanisch-israelischen dominierten militärischen Denkschablonen berichtet, die in jeder Art des Widerstandes „Terrorismus“ sehen. Dem ist jedoch nicht so. Der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon instrumentalisiert die Ereignisse des 11. September, um seine Kolonisierungspolitik des palästinensischen Landes fortzusetzen. Alle israelischen Regierungen haben während des „Friedensprozesses“ die Besiedelung und die Kolonisierung palästinensischen Landes vorangetrieben. Die Zahl der Siedler hat sich in acht Jahren „Friedensprozess“ in der Westbank verdoppelt - von 100 000 auf 205 000, in Ost-Jerusalem von 100 000 auf 200 000. Seit dem 11. September ist Sharons Osama Bin Laden Yassir Arafat. Den Amoklauf und den Vandalismus seiner Armee rechtfertigt er mit „legitimer Selbstverteidigung“ und der Zerschlagung der „Infrastruktur des Terrors“. Eine Hinterfragung dieser Rechtfertigung findet in deutschen Medien so gut wie nicht statt, weil niemand sich dem Vorwurf des „Antisemitismus“ aussetzen will.

Die führenden Politiker in Israel, Palästina und den USA stehen vor einem Scherbenhaufen ihrer „Friedenspolitik“. Was wir heute erleben, ist das wahre Gesicht des sogenannten Friedensprozesses. Dieser Prozess lief nach folgender Logik ab: Israel diktiert und die Palästinenser haben die Option zwischen sich damit abfinden oder den Mund zu halten. Während die Palästinenser immer wieder nachgaben, forderten die Israelis weitere Zugeständnisse und veränderten die Bedingungen des „Friedensprozesses“ und die Struktur der besetzten Gebiete. Der Siedlungsausbau wurde beschleunigt und die besetzten Gebiete wurden mit einem separaten Straßensystem überzogen, das alle Siedlungen miteinander verband. Dafür wurde Land enteignet, in krassem Gegensatz zur Vierten Genfer Konvention. Wie überhaupt in diesem Friedensprozess das Völkerrecht mit Füßen getreten wird in Übereinstimmung mit dem selbsternannten Wächter des Völkerrechts, den USA. Für das Scheitern und den „Terrorismus“ wird aber einseitig Arafat verantwortlich gemacht. Von Israels fortdauerndem Vertragsbruch spricht niemand. Immer wieder wird das Argument des „Terrors“ vorgetragen, niemand spricht hingegen von den wirklichen Ursachen: der israelischen Besatzungspolitik. Die Berichterstattung konzentriert sich auf Anschläge und den „Terror“. Die israelischen Opfer haben in deutschen Medien ein Gesicht; palästinensische dagegen nicht. Sie kommen,

wenn überhaupt nur als statistische Größe vor. Das Leid wird relativiert durch Israels unstillbares Bedürfnis nach Sicherheit. Eine Hinterfragung dieses Sicherheitskonzeptes findet nicht statt. Ich hatte diese „Sicherheitsdoktrin“ in meiner Menschenrechtsstudie als Herrschaftsinstrument entlarvt, das darauf abzielt, die Existenz der Palästinenser in ihrem Heimatland in Frage zu stellen.¹

Die Gebiete, in denen die Palästinenser überleben müssen, wurden zu vereinzelt, unverbundenen Enklaven und total von Israel abhängig. Solche Enklaven, in denen die Bevölkerung jeglicher sozialer und politischer Rechte beraubt ist, während die Menschen entrechtet und unterwürfig sind, nennt man Bantustans. Und diese Art der Politik nennt man Apartheid. Jeder kennt die gescheiterte Politik in Südafrika. Noch ist diese Art der Politik in Israel erfolgreich, aber nicht auf Dauer. Israel wird die erfolgte teilweise Wiederbesetzung der palästinensischen Gebiete und die Beherrschung dieses Volkes moralisch auf Dauer nicht durchhalten. Auch die USA können nicht immer der Weltöffentlichkeit Unrecht als Recht verkaufen.

Die Reaktion der Palästinenser gegenüber einer 35jährigen Besatzungspolitik, die fast zur Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft geführt hat, ist die Konsequenz auf eben diese Politik. Kein Land oder Volk hat das Recht, ein anderes Volk auf Dauer zu unterdrücken, auch Israel nicht. Der Al-Aqsa-Aufstand ist das Zeichen dafür, das Arafat am Ende seiner Kompromissbereitschaft angelangt war. Sharons Besuch am 28. September 2000 auf dem Haram el-Sharif (Tempelberg) war der berüchtigte Funke, der die Bombe zur Explosion brachte. Diese bewusste Provokation erfolgte mit Billigung des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak. Der massive militärische Einsatz von Apache Kampfhubschraubern, Panzern und Kriegsschiffen zeigt, dass die Palästinenser nicht bereit sind, Apartheid zu akzeptieren. Nicht nur, dass dies gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten gerichtet war, sondern auch gegen die israelischen Araber, die Staatsbürger Israels sind, wenn auch zweiten oder dritten Grades. Nach diesen Ereignissen kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Ein Diktatfriede, wie er von Clinton und Barak in Camp David versucht wurde, kann nicht funktionieren.²

Was Arafat in den Bergen von Maryland von Israelis und US-Amerikanern angeboten wurde, kann nur als Provokation bezeichnet werden. Hätte Arafat dieses Dokument unterzeichnet, wäre er von der politischen Bühne gefegt worden. Es war mehr als ein fauler Kompromiss und eine Beleidigung der Palästinenser. Der so genannte Palästinenserstaat wäre zur Karikatur geraten, ohne Souveränität und wirkliche Hauptstadt. Jerusalem oder Al Quds hätte aus einigen Dörfern am Stadtrand von Ost-Jerusalem bestanden. Die israelischen Besatzer hätten in diesem »Staat« nach wie vor Militärstützpunkte unterhalten und die Außengrenzen kontrolliert. Die Siedlungen und Flüchtlinge wären dort geblieben, wo sie im Augenblick sind. In all diesen Fragen verlangten Israelis und Amerikaner von Arafat »Kompromissbereitschaft«. Israel selbst war im Gegenzug aber keineswegs zu substanziellen Zugeständnissen bereit. Diese Kompromissunwilligkeit gilt für alle israelischen Regierungen in unterschiedlichem Maße - ob von der Arbeitspartei oder vom Likud geführt. Nicht Arafat ist kein „Partner in Peace“, wie Barak meinte, sondern er selbst und Bill Clinton. Denn wer den Arafat ein „palästinensisches Versailles“ diktieren will, taugt nicht zum Friedenspolitiker.

In der Bundestagsdebatte vom 3. Mai 2002 wurde von einigen Rednern so getan, als stünde die Existenz Israel zur Debatte. Nicht Israel ist unter Belagerung und am Rande des Abgrunds, sondern die Palästinenser. Jede Stadt oder Dorf ist umzingelt, Reisen ist unmöglich.

¹ Vgl. Ludwig Watzal, *Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser*, Böhlau-Verlag, Köln-Weimar 1994.

² Vgl. dazu Ludwig Watzal, *Der Mythos von Camp David*, in: *Neue Züricher Zeitung* vom 22.6.2002.

Verwundete und Kranke können weder adäquat versorgt noch in andere Länder oder Krankenhäuser transportiert werden. Bethlehem, Hebron, Ramallah, Jenin, Kalkilya und andere Orte sind regelrecht belagert, abgeriegelt und schon zum Teil wieder besetzt. Keiner darf ohne israelische Genehmigung die belagerten Orte verlassen. Vor dem „Friedensprozess“ konnte man sich wenigstens in den abgeriegelten Gebieten bewegen, jetzt kann man noch nicht einmal seinen Ort verlassen. Wenn Israel will, kann es die Palästinenser aushungern. Strom, Wasser Nahrungsmittelzufuhr, Telefonverbindungen, alles wird von Israel kontrolliert. Israel versucht, eine Art „Evakuierung“ im Zentrum der Westbank zu arrangieren. Am 23. Oktober erklärte Oberst Raanan Gissin, ein israelischer Armeesprecher, laut der Presseagentur AP: „Beit Jala, Beit Sahour und andere palästinensische Orte werden wir in ein Beirut verwandeln.“ Nur über die Bombardierung Beit Jalas wird berichtet, aber Beit Sahour und Bethlehem werden ebenso bombardiert. Man versucht, die Bevölkerung zu vertreiben. Die Israelis erklären diese Gebiete zu militärischem Sperrgebiet, das heißt, kein Journalist kann von dort berichten. Tut er es trotzdem, riskiert er sein Leben. Einige Journalisten wurden bereits erschossen, einige nur verwundet.

Trotz „Friedensprozess“ riss die Welle der Gewalt in Israel und Palästina nie ab. Ein besonderes Charakteristikum dieses „Friedensprozesses“ scheint zu sein, dass sein Weg mit Gewalt und vielen Toten gepflastert ist. Entweder waren es israelische Opfer palästinensischer Selbstmordattentäter oder aber Palästinenser, die den Gewaltmaßnahmen des israelischen Militärs zum Opfer fielen. Insbesondere seit der Regierungsübernahme durch Ariel Sharon samt seiner rechtsnationalistischen Koalitionspartner dreht sich die Spirale der Gewalt immer schneller. Der Friedensnobelpreisträger Shimon Peres fungiert in dieser „Regierung der nationalen Einheit“ nur als Feigenblatt zur Besänftigung des liberalen Westens. Diese Rolle zehrt zunehmend an seiner eigenen Glaubwürdigkeit.

Die Menschenrechtsverletzungen gehen in diesem „Friedensprozess“ seitens Israels unvermindert weiter. Die Regierung Sharon - aber vorher auch schon sein Vorgänger Ehud Barak - bedient sich Methoden, die man sonst nur bei antidemokratischen Regimen vermutet. Angebliche Drahtzieher des Widerstandes gegen die Besatzung werden durch das israelische Militär zum Teil durch Kampfhubschrauber liquidiert. So sind in der Regel auch südamerikanische Militärdiktaturen mit ihren Widersachern umgegangen. Bis heute wurden zirka 80 auf diese Weise getötet; sie gehörten der mittleren Führungsschicht der PLO an. Mit dieser Ermordung gab Israel Arafat und seinen Getreuen ein eindeutiges Zeichen: Wenn wir wollen, bekommen wir jeden! Neben diesen staatsterroristischen Maßnahmen begeht Israel folgende Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern: Folterungen, Landenteignung, Verwüstungen von Olivenhainen und anderer Obstplantagen, Verweigerung von adäquater medizinischer Versorgung, Häuserzerstörungen, Ausgangsperrn, „ethnische Säuberungen“ in Ost-Jerusalem, willkürliche Tötungen durch sogenannte „Todesschwadronen“ (verdeckte Einheiten, die sich als Araber verkleiden und unliebsame Palästinenser liquidieren), sowie Demütigungen und Schikanen von Palästinensern auf allen Ebenen. Über diese gravierenden Verletzungen der Menschenrechte findet keine ausführliche Berichterstattung statt, weil man dadurch befürchtet, „Antisemitismus“ zu erzeugen.

Das Paradoxe an der Lage der Palästinenser ist, dass auch die palästinensische Autonomiebehörde die Menschenrechte der eigenen Landsleute verletzt. In der achtjährigen Regierungszeit des Arafat-Regimes wurden bereits 35 Palästinenser durch die eigenen Geheimdienste zu Tode gefoltert. Zehn Todesurteile wurden vollstreckt. Einschüchterungen, Rechtlosigkeit und Willkür seiner zwölf Geheimdienste gehören zum Alltag. Die Korruption und die persönliche Bereicherung in Arafats „Inselreich“ ist sprichwörtlich. Seit Beginn der Al-Aqsa-Intifada hat die Drangsalierung der eigenen Bevölkerung durch Arafat nachgelassen. Alle Kräfte gegen den „Feind“ müssen gebündelt werden, heißt es. Das autoritäre Regime Arafats kann aber nur adäquat beurteilt werden, wenn man den Druck seitens Israels und der

USA mit berücksichtigt. Beide verlangen von ihm, aggressiver gegen die Radikalen und die sogenannten „Feinde des Friedens“ vorzugehen, sie zu verhaften und einige an Israel auszuliefern. Dies hat Arafat dadurch umgangen, dass er Verdächtige umgehend von seinem dubiosen „Staatssicherheitsgericht“ verurteilen lässt, um sie vor der Auslieferung an Israel zu „schützen“. Alle einmal Verurteilten brauchen nicht an Israel ausgeliefert zu werden. Würde sich Arafat, nachdem über 1600 Palästinenser getötet worden sind, jetzt dem Druck Israels beugen, käme dies in den Augen der Bevölkerung einer Kapitulation gleich. Zu Beginn des „Friedensprozesses“ schien es, als hätten die Besetzten ihre Besatzer legitimiert und mit ihnen gemeinsame Sache gemacht. Eine ehemalige Befreiungsbewegung degenerierte zum Hilfssheriff der Besatzer; eine wahrhaft historische Novität! Über die Menschenrechtsverletzungen der Autonomiebehörde berichten die deutschen Medien jedoch intensiv. Passt es doch so gut ins Klischee, das von den Palästinensern und den Arabern im Westen gezeichnet wird.

In der Öffentlichkeit wird immer wieder der Eindruck erweckt, als stünden sich in diesem Konflikt zwei ebenbürtige Gegner gegenüber. Davon kann natürlich keine Rede sein. Israel als eine regionale Hegemonialmacht führt einen offenen Krieg gegen ein unbewaffnetes Dritte-Welt-Volk, das um seine Freiheit und Selbstbestimmung kämpft. Auf der einen Seite steht Israel als Besatzungsmacht, ausgestattet mit modernster amerikanischer Militärtechnologie, Atomraketen sowie biologischen und chemischen Waffen. Auf der anderen palästinensische Jugendliche und Kinder mit Steinen, Kalaschnikows und einigen Mörsergranaten bewaffnet. Selbst Arafats Polizeitruppe und seine diverse Geheimdienste sind keine militärische Bedrohung für Israel. Zur verzerrten Wahrnehmung im Westen tragen die Terroranschläge der verschiedenen islamistischen Gruppen in Israel bei, die der palästinensischen Sache enorm schaden und nicht zu rechtfertigen sind. Dass Israel meint, mit gleicher Münze zurückschlagen zu müssen wie die Terroristen, indem es vermeintliche Drahtzieher des Aufstandes liquidiert, zeigt, dass das Land noch lange nicht mental in der Demokratie westlicher Provenienz angekommen ist. Diese Methoden werden von jeder beliebigen Diktatur angewandt. Im Gegensatz zu diesen bekennt sich Israel aber offen zu solchen staatsterroristischen Maßnahmen, und der Westen zeigt dafür auch noch Verständnis, wie aus den Medien zu ersehen ist. Wie konnte es zu diesem Zustand kommen? Hatte nicht in Washington im September 1993 alles so harmonisch begonnen?

Ein hundert und einjähriger Konflikt schien sich seinem Ende zuzuneigen, als am 13. September 1993 das Osloer-Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) vor dem Weißen Haus in Washington unter der Schirmherrschaft Präsident Clintons unterzeichnet worden ist. Das Abkommen, das der israelische Außenminister Shimon Peres und der Verhandlungsführer der PLO, Abu Mazen, unterzeichnet haben, trägt den etwas hölzernen Titel „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ und war das erste, das der geschundenen Region den Frieden bringen sollte. Beide Seiten erklärten sich darin bereit, den Konflikt in Zukunft durch Verhandlungen zu lösen. Die Realität spricht aber eine andere Sprache.

Das Osloer-Vertragswerk umfasst die „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ vom 13. September 1993, das „Protokoll über die wirtschaftlichen Beziehungen“, das am 29. April 1994 in Paris unterzeichnet worden ist und Bestandteil des „Gaza-Jericho-Abkommens“ vom 4. Mai 1994 ist. Das „Wirtschaftsprotokoll“ wurde auch unverändert in das „Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen“ vom 28. September 1995 integriert. Das Hebron-Protokoll vom 15. Januar 1997 und das Wye River-Memorandum vom 28. Oktober 1998 wurden von der Netanyahu-Regierung unterzeichnet. Sein Nachfolger Ehud Barak unterzeichnete am 4. September 1999 das Sharm el-Sheikh Memorandum. Im Juli 2000 wollten Barak und US-Präsident Bill Clinton in Camp David Arafat einen Status-

endvertrag oktroyieren, der die Palästinenser auf ewige Zeiten in Bantustans eingeschlossen hätte, ohne über eine eigene Souveränität zu verfügen.³

Bevor es zur Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung“ kommen konnte, wurden Briefe ausgetauscht, in denen sich die beiden Seiten anerkannten und Arafat für seine PLO einige Verpflichtungen eingegangen ist. Die wichtigsten Punkte der Prinzipienerklärung sind:

- Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und Jericho (Art. XIV).
- Gründung einer palästinensischen Behörde (Art I), der im wesentlichen fünf Kompetenzbereiche übertragen werden: Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, direkte Besteuerung und Tourismus (Art. VI).
- Wahl eines palästinensischen Rates durch die Bevölkerung der Gebiete einschließlich Ost-Jerusalems, der dann an die Stelle der palästinensischen Behörde treten soll (Art. III).
- Ausdehnung des Gebietes, in dem der Rat die zivilen Befugnisse hat und für die Sicherheit von Palästinensern verantwortlich ist (Art. VII).

Die Sicherheit der Grenzen, die Außenbeziehungen, die Sicherheit und die öffentlichen Ordnung der jüdischen Siedlungen und deren Bewohner sowie den ungehinderten Transit auf den Straßen behält sich Israel vor. Dies gilt auch für alle Folgeverhandlungen. Ausgeklammert und auf die Statusendverhandlungen verschoben werden die Komplexe Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsarrangements, Grenzen, Außenbeziehungen und „andere Fragen von gemeinsamem Interesse“ (Art. V). Nur indem man diese zentralen Fragen ausklammerte, konnte der „Friedensprozess“ so lange zum Nachteil der Palästinenser fortgesetzt werden.

Der Abschluss der „Prinzipienerklärung“ und die Anerkennung Israels durch die PLO führte zur Entspannung auch mit den arabischen Staaten. So schloss Jordanien mit Israel am 26. Oktober 1994 einen Friedensvertrag. Der Golf-Kooperationsrat setzte den Wirtschaftsboykott aus, und viele Staaten der Dritten Welt nahmen diplomatische Beziehungen zu Israel auf, darunter auch arabische. Die Palästinenser als Volk erhielten im Gegenzug aber nicht die Anerkennung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung durch Israel, sondern es wurde nur die PLO als ihre Repräsentantin anerkannt. Spätestens hier hätte Arafat hellhörig werden müssen. Hatte nicht die Geschichte seit 1948 gezeigt, dass die Palästinenser immer den Kürzeren gegenüber Israel gezogen haben? Worin war das immense Vertrauen begründet?

Im „Gaza-Jericho-Abkommen“ wurden der Rückzug der israelischen Armee aus den genannten Gebieten (Gaza-Streifen und Jericho) sowie die Übertragung von zivilen Befugnissen an die palästinensische Behörde geregelt. Die in diesem Zusammenhang abgeschlossene Vereinbarung über „Vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten“ vom 29. August 1994 wurde wie die in der „Prinzipienerklärung“ genannten fünf Bereiche formell auf die palästinensische Behörde übertragen. An der tatsächlichen Besetzung im Gaza-Streifen hatte sich jedoch nichts geändert: Die Palästinenser erhielten nur 65 % des Landes, der Gaza-Streifen ist komplett eingezäunt, die Israelis kontrollieren die Ein- und Ausreise, alle Siedlungen blieben bestehen und alle Militärverordnungen gelten weiter. Arafat muss sie befolgen und benötigt selbst sowie seine VIPs zur Ausreise die Genehmigung Israels. Der Gaza-Streifen gleicht einem großen Gefängnis mit Mittelmeerblick. Schon bei der Umsetzung dieses Abkommens deutete sich an, dass Israel nur die Teile umsetzte, die seine Herrschaft und Kontrolle nicht beeinträchtigten. Die Abkommen entpuppten sich als

³ Zur detaillierten Begründung, warum der „Friedensprozess“ scheitern musste, vgl. das soeben erschienene Buch von: Ludwig Watzal, Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, Aufbau Verlag, 2. Aufl., Berlin 2002, insb. Kapitel II. Weitere Literatur zum Nahostkonflikt unter: www.watzal.com

reine Sicherheitsabkommen im Interesse Israels. Die Autonomiebehörde hatte für die Sicherheit Israels zu sorgen; Arafat war quasi Israels Sheriff. Was wir aber aus den Medien erfuhren, war das Gegenteil. So suggerierte der ARD-Korrespondent Friedrich Schreiber dem Fernsehzuschauer, dass die Israelis aus dem Gaza-Streifen abgezogen seien. Dies entsprach natürlich nicht der Realität. Kein israelischer Soldat wurde abgezogen. Sie verließen nur die Städte und wurden an deren Rändern in neuen Militärcamps untergebracht.

Das „Interimsabkommen“ vom 28. September 1995 regelt die gesamte Übergangsperiode in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Das Abkommen schuf in der Westbank eine Art „Inselreich“, das durch Umgehungsstraßen die jüdischen Siedlungen von den palästinensischen Zentren trennt. Alle Folgeabkommen sind nur Variationen dieses Abkommens und enthalten nichts wesentlich Neues. Konkret wirkte es sich folgendermaßen aus:

Die Zone A umfasst die Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem und macht 3,5 Prozent des gesamten Gebietes aus. In dieser Zone können die Palästinenser ihre Zivilangelegenheiten eigenständig regeln, und ihre Polizei hat das alleinige Sagen.

In der Zone B liegen die 420 Kleinstädte und Dörfer. Hier geht die Zivilverwaltung an die Palästinenser über. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel, nur was ausschließlich die Palästinenser betrifft, kann von deren Polizei alleine geregelt werden.

In der Zone C, die macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank (60%) betrachtet Israel sowieso als Staatsland. Nach diesem Konzept kann jede Autonomieinsel einzeln abgeriegelt werden. Dies stellt somit eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Zustand vor dem Abkommen dar, als sich die Menschen wenigstens frei in der oft abgeriegelten Westbank bewegen konnten. Wie verhängnisvoll sich dieses Abkommen auswirkt, zeigen die Konsequenzen nach Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada. Jetzt kann die Bevölkerung selbst kleinste Dörfer nicht mehr verlassen. Selbst Feldwege sind durch hohe Erdaufschüttungen unpassierbar gemacht worden. Die Enklave Jericho wurde durch die Aufschüttung hoher Erdwälle von der Außenwelt völlig abgeschlossen.

Des weiteren zieht sich zwar die israelische Militärverwaltung zurück, behält aber alle ihre Vollmachten. Die bestehenden Gesetze und Militärverordnungen bleiben in Kraft (Westbank 1400, Gaza-Streifen 1000) und müssen von Arafats Autonomiebehörde umgesetzt werden. Sie können nur mit Zustimmung Israels geändert werden. Die palästinensische Behörde kann nur im zivilen Bereich freier agieren, alle anderen Bereiche sind durch ein engmaschiges Kontroll- und Veto-System an die israelische Zustimmung gebunden. Deutlich wird dies im Sicherheitsbereich, der besonders restriktiv für die Palästinenser ist. Auch im wirtschaftlichen Bereich gibt es eine enge Anbindung der palästinensischen Wirtschaft an die israelische, und die Palästinenser können über größere Projekte nicht eigenständig befinden. Israel behält sich ein abschließendes Veto vor. Es wurde keine Siedlung aufgelöst. Sie sind exterritorial. Die Armee blieb überall präsent, und an der de-facto-Kontrolle Israels über alle Lebensbereiche der Palästinenser hat sich nichts geändert.

Auch im Hebron-Protokoll, das die Netanyahu-Regierung unterzeichnet hat, kam es nur zu einem Rückzug aus Teilen Hebrons und zu keinem Abzug. Das Protokoll teilte die Stadt in eine H-1-Zone, in der zirka 100.000 Palästinenser unter Arafats Regime leben, und eine H-2-Zone, in der 450 extremistische jüdische Siedler und zirka 20.000 Palästinenser unter Israels Kontrolle bzw. direkter Okkupation wohnen. Die Einwilligung Netanyahus zu diesem Abkommen wurde als „Ja“ der anderen Hälfte Israels zum Friedensprozess gewertet worden. Eine solche Interpretation kann aber nur mit erheblichen Abstrichen gelten, weil die extre-

mistischen Kräfte, die Netanyahus- und auch jetzt die Sharon-Regierung tragen, sich nicht mit einer eigenständigen Palästinenseridentität abgefunden haben. Mit dem Hebron-Protokoll ging ein Brief des ehemaligen amerikanischen Außenministers Warren Christopher einher, in dem er Israel weitreichende Sicherheitsgarantien machte und es dem Land freigestellte, unilateral über den weiteren Rückzug aus der Westbank, die in drei Etappen bis August 1998 abgeschlossen sein sollte, gemäß der israelischen Sicherheitslage zu entscheiden. Seitdem hat Netanyahu alles getan, um den Status quo zu Gunsten Israels zu verändern. Dies war auch die Politik Rabins, der in seiner vierjährigen Amtszeit die Zahl der Siedler verdoppelt und Milliarden von Shekel in die Siedlungen investiert hat. Hinter dieser Leistung wollte Netanyahu zu Recht nicht zurückstehen. Die Berichterstattung unterschied sich zwischen der Rabin/Peres-Regierung und der von Netanyahu dadurch, dass man über die Siedlungsexpansion und den Bau von dem separaten Straßensystem nicht berichtete, wohingegen über jede Entscheidung Netanyahus in Bezug auf Siedlungsexpansion ein Aufschrei durch die Medien ging. Die Journalisten vermittelten den Eindruck, als handele es sich bei der Rabin/Peres-Regierung um eine „liberale“ und bei Netanyahu um eine „rechtskonservative“. Was die Politik gegenüber den Palästinensern betraf, unterschieden sie sich höchstens in ihrer Rhetorik. War sie bei Netanyahu schrill, bedienten sich Rabin und Peres einer gemäßigten Sprache; ihre Taten waren aber ebenso völkerrechtswidrig.

Auch die Barak-Regierung setzte die Unterdrückung der Palästinenser fort. Von den 42 wild errichteten Siedlungen in der Endphase der Netanyahu-Regierung blieben bis auf vier alle erhalten. Baraks Regierung erteilte in der Hälfte der Amtszeit mehr Baugenehmigungen in den Siedlungen als die Vorgängerregierung. Der Medien sahen in Barak einen „Liberalen“, und man erhoffte sich von ihm die Fortsetzung des „Friedensprozesses“. Nicht nur dass er die Unterdrückung der Palästinenser fortsetzte, sondern er trug durch seinen Zick-Zack-Kurs noch zur Verschärfung der Lage bei: Mit seiner Genehmigung konnte Ariel Sharon am 28. September 2000 in Begleitung von über 1 000 Polizisten den Haram al-Sharif (Tempelberg) begehen. Dieser „Besuch“, der für die Palästinenser eine reine Provokation darstellte, löste einen Tag später die Al-Aqsa-Intifada aus, die bis heute andauert. Sie ist eine antikolonialistische Revolte. Seit diesem Zeitpunkt führt Israel einen Krieg mit dem Ziel der Unterwerfung gegen das palästinensische Volk mit Billigung der USA und der Europäischen Union. Jeglicher Widerstand gegen das israelische Besatzungsregime wird aber in der Berichterstattung als „Terrorismus“ diffamiert, obwohl nach Völkerrecht und gemäß Naturrecht jedes Volk ein legitimes Widerstandsrecht hat, insbesondere gegen eine nun schon 35jährige Militärbesatzung.⁴ Unter dieses natürliche Widerstandsrecht fallen aber nicht die willkürlichen Terroranschläge gegen unbeteiligte Dritte im Kernland Israels. Sie sind nicht hinnehmbar und durch nichts zu rechtfertigen.

Seit der Regierungsübernahme durch Ariel Sharon herrscht in Israel und Palästina die nackte Gewalt. Sharon steht nicht für Frieden, sondern für Abenteuerertum und Fortsetzung der israelischen Expansion. Seine Vita legt dafür ein eindeutiges Zeugnis ab. Er ist derjenige, der bis heute seine Siedlungspläne verteidigt und nicht bereit ist, auch nur eine Siedlung zu räumen, da sie eine „zionistische Bedeutung“ haben, wie er in einem Interview deutlich gemacht hat.⁵ Sharon ist nicht bereit, unter Druck mit Arafat zu verhandeln. Die Bush-Regierung unterstützt die israelische Politik der „harten Hand“. Bush bezeichnete Sharon als einen „Mann des Friedens“! Anstatt über die zahlreichen Verbrechen Sharons wie z. B. als Kommandeur der Brigade 101 und deren Massaker oder über Sharons Verantwortung bei den Massakern von Sabra und Shatila im Libanon 1982 zu berichten, versucht man Verständnis für seine Politik zu erzeugen und ihn als väterlich sorgenden älteren Herrn darzu-

⁴ Vgl. zur Begründung des Widerstandsrechts Baruch Kimmerling, The right to resist, in: Haaretz vom 27. März 2001.

⁵ Vgl. das aufschlussreiche Interview mit Ariel Sharon, in: Haaretz vom 12. April 2001.

stellen. Insbesondere in Deutschland wird behauptet, es finde eine „Dämonisierung“ Sharons statt. Bei einer solchen Vita braucht man aber nicht mehr zu „dämonisieren“.

Die Osloer-Abkommen wurden für lange Zeit von den Kommentatoren des Westens zum Frieden zwischen Israel und den Palästinensern verklärt. Tatsächlich sind sie nicht Ausdruck der Emanzipation der Palästinenser, sondern symbolisieren deren dauerhafte politische, ökonomische und soziale Unterwerfung. Die Abkommen haben bisher alleine der Sicherheit Israels gedient. Sie zielten nicht auf die friedliche Lösung des Palästinaproblems, sondern sie wollten es machtpolitisch erledigen; diese Strategie verfolgt insbesondere die Sharon-Regierung. Sie beabsichtigt, ein langfristiges „Nichtangriffsabkommen“ (non-belligerency-agreement) mit den Palästinensern abzuschließen, das Israel Ruhe garantieren würde, um die Kolonisierung palästinensischen Landes fortsetzen zu können.

Die Aufgabe der Berichterstattung müsste jedoch sein, ohne angezogene Handbremse wie es der ehemalige Spiegel-Korrespondent in Israel, Jürgen Hogrefe, einmal auf der israelisch-deutschen Medientagung in Berlin formuliert hat, über die Ereignisse vor Ort zu berichten. Aber da steht den deutschen Journalisten die historische Vergangenheit im Wege. Aber was hat die Verantwortung für den Holocaust der Deutschen mit der Verantwortung der israelischen Politiker gegenüber den Palästinensern zu tun? Mit den deutschen Verbrechen können diejenigen Israels am palästinensischen Volk aber nicht relativiert werden; sie können natürlich damit auch nicht verglichen werden. Sie gehören aber einem anderen Verantwortungsbereich an, den die Deutschen endlich akzeptieren sollten.

Dr. Ludwig Watzal, freier Journalist, Redakteur und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn
Vom Autor erschienen: Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, Aufbau Taschenbuch Verlag, 2. Aufl., Berlin 2002, 341 Seiten, 8.95 Euro.